

BEITRAG

8. MAI 2011 / TAGUNG HERBERT-QUANDT-STIFTUNG /

»AUTORITÄT HEUTE« / PETER VOSS

Neue Medien als Chance zur Demokratisierung

1. Vom schnellen Aufstieg zum rasanten Abstieg

Als ich mich erstmals mit dem mir gestellten Thema beschäftigte, bekam ich zunächst einen leichten Schreck. Nicht wegen des Begriffs der Autorität, nicht wegen Wikileaks (obwohl ich ein sehr zurückhaltender Nutzer des Netzes bin), sondern weil ich statt Gutenberg zunächst Guttenberg gelesen und gedacht habe: Auch das noch, wieder einmal dieses Guttenberg-Bashing. Mir ist dann aufgefallen, dass Herr zu Guttenberg für die Frage, was Medien mit der Autorität machen oder wie es Autoritäten in den Medien ergeht, natürlich ein vorzügliches Beispiel wäre. Einerseits kann man die Frage stellen: Wer und was hat ihn gemacht? Waren es die Medien? Andererseits: Wer und was hat ihn gestürzt? Waren es die Medien? War es die politische Klasse? War es das Publikum, das Volk? Oder war er es selbst? Ich denke, die Wahrheit ist, dass ein bisschen von allem stimmt.

Karl Theodor zu Guttenberg zeigte Eigenschaften, die weitgehend das abdecken, was wir unter Charisma verstehen, auch die viel zitierte Sehnsucht nach dem Überpolitischen. Er wollte anders sein und wurde anders wahrgenommen als der »Normalfall« des Politikers, der heute gern in die Nähe des Mauschlers, des Winkeladvokaten gerückt wird. Dazu gehörte natürlich auch die Herkunft aus einem Adelshaus – und auch die Gattin stammt aus der Familie von Bismarck. Anscheinend gibt es eine tiefe Adelssehnsucht in Deutschland.

Dann wirkte das – nach den heutigen Maßstäben junger Leute – gute Aussehen, auch die geschliffene Rhetorik; Herr zu Guttenberg war in der Lage, spontan komplexe Gedanken druckreif auszudrücken. Auch ein gewisser Schneid wurde ihm zugebilligt. Man kannte seine Chuzpe, Dinge scheinbar offener anzusprechen als andere, zum Beispiel die Frage nach dem Krieg in Afghanistan oder nach der Problematik staatlicher Hilfen für Opel. Er hatte sein Auftreten als Wirtschaftsminister im Falle Opel gekoppelt mit einer – nicht ernst gemeinten – Rücktrittsdrohung und wollte immer schnell beweisen – das war immer das Kalkül –, er sei anders. Vielleicht ist er auch darüber gestürzt. Ein etwas anderes, aber nicht ganz unähnliches Phänomen, wenn auch mit anderen Voraussetzungen und Gründen, erkennen wir übrigens bei Guido Westerwelle.

Die Gründe für den schnellen Aufstieg, soweit sie in seiner Person

lagen, waren auch die Gründe für den schnellen Sturz von Herrn zu Guttenberg. Was haben die Medien damit zu tun? Zunächst, dass die Medien ihn anfangs hochgejubelt und hochgeschrieben haben, weil er diese offenkundigen oder vermeintlichen Vorzüge hatte. Und die Medien haben ihn dann auch relativ schnell wieder gestürzt.

2. Die Rolle der Medien

Bei beiden Bewegungen haben auch die neuen Medien, hat das Netz eine Rolle gespielt. Obwohl Herr zu Guttenberg im Netz eine große Fangemeinde hatte – zahlenmäßig wohl Hunderttausende, die ihn unterstützt haben –, hat die Gruppe der kritischen Bildungsbürger gemeint, dass man sich mit Plagiaten keinen Titel ergattern dürfe. Es waren nur ein paar Zehntausend, aber sie waren wichtig, vor allem als CDU-Klientel. Sie haben eigentlich im Verbund mit der FAZ und anderen Zeitungen bewirkt, dass die Linie, die man zuerst wahrgenommen hatte (»Ist doch alles nicht so schlimm« und »Haben wir nicht alle schon mal irgendwie in der Schule abgeschrieben?«), letztlich überspielt wurde.

Solche Phänomene gab es schon öfter. Auch Gerhard Schröder wurde sehr schnell hinauf- und dann wieder heruntergeschrieben. Als er hinaufgeschrieben wurde, hat er sich nicht beklagt; als er heruntergeschrieben wurde, allerdings sehr. Ich will deshalb als erstes die These aufstellen, dass die Medien noch keinen Politiker aus eigener Kraft bedeutend gemacht oder zerstört haben. Sie sind allerdings, wenn man so will, Brand-Beschleuniger. Die Medien handeln mit einem gewissen Meute-Verhalten, positiv oder negativ, keiner will einen Trend verpassen. Sie wittern sozusagen: »Der kommt an. Das ist ein guter Typ. Das ist mal was anderes, das ist erfrischend« und marschieren dann alle in eine Richtung. Es folgen die bekannten Homestories und das Bild formt sich in der Vielzahl von Berichten. Wenn dann ein paar Fehler bekannt werden und man spürt: »Die Stimmung könnte kippen«, dann schwenken die Medien um. Sie verstärken jeweils die Tendenz, aber ich glaube, dass sie diese nicht machen. Kein einzelner Journalist kann sich hinsetzen und sagen: »Ich beschließe jetzt, diesen Politiker groß zu machen.« Dies könnten allenfalls einzelne mächtige Verlagshäuser. Es konnten schon früher Instanzen wieder SPIEGEL oder wie der Springer-Verlag mit Bild viel bewegen, bewirken und auch verhindern. Aber sie können es nicht aus dem Nichts heraus.

Die heutige Medienlandschaft einschließlich des hinzugetretenen Internets und aller einer Ableger und Varianten führt allerdings zu einer Beschleunigung dieses Prozesses. Das Hochjubeln wie das Herunterschreiben geht sehr viel schneller als etwa zu Zeiten von Konrad Adenauer. Journalisten waren dabei immer auch Akteure im politischen Diskurs, haben sich so verstanden und sind auch so instrumentalisiert worden. Sicher waren und sind es nicht alle, aber viele. Ich will auf Max Weber hinweisen, der die Metapher geprägt hat: »Politik ist das geduldige Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß.«

Die eben beschriebene Beschleunigung der medialen Prozesse ist ein Kennzeichen einer Situation, in der es objektiv schwerer wird, eine bestimmte politische Haltung, Linie oder Überzeugung zu bewahren. Dies gilt besonders für große politische Projekte, wenn sie nicht extrem populär sind oder wenn sie nicht umgekehrt wie bei der Abschaltung der Atomkraftwerke Urängste wachrufen. Insofern gibt es aus meiner Sicht hier sehr wohl eine größere Volatilität im Wählerverhalten. Meines Erachtens gilt das auch für die Parteien.

Es scheint, dass der »harte Kern« der jeweiligen Wählerschaft mit ihrer Priorität für das, was für sie sozialdemokratisch war oder christlich-demokratisch war, bei den Wahlen enttäuscht wurde. Das kam aber lediglich als Grund für die wachsende Schwäche der Parteien hinzu. Man darf nicht übersehen, dass der jeweilige Bestand an Stammwählern und Mitgliedern insgesamt kleiner geworden ist. Die Zahl der Beeinflussbaren, die Wechselwähler oder Wahlabstinenten, die von Fall zu Fall entscheiden, ist gestiegen und weist auf ein höheres Maß an Volatilität im Wählerverhalten hin. Es ist dann umso problematischer, wenn man den »harten Kern« der Wähler, der ohnehin langsam schmilzt, noch zusätzlich enttäuscht, weil man etwa einen Kurswechsel vornehmen muss und ihn nicht vermitteln kann.

Medien sind Verstärker dieser Tendenzen, und das war schon immer so. Doch manche technische Innovationen – und damit komme ich dann wenigstens der guten Ordnung halber auch zu Johannes Gutenberg – sind in ihrer unglaublich umwälzenden Wirkung nur mit inhaltlichen Umbrüchen und Paradigmenwechseln erklärbar. Das gilt für Gutenberg und seine Erfindung der Druckerpresse. Man übersieht leicht, dass kurz nach Gutenbergs Erfindung der Reformator Martin Luther kam. Der Bibelübersetzer Luther wollte, dass jedermann das Wort Gottes unmittelbar verstehen kann. Dafür brauchte er den Buchdruck. Beides zusammen hat eine Kulturrevolution in Gang gesetzt, die wohl auch sonst irgendwann gekommen wäre, aber vermutlich nicht mit dieser Wucht bis hin zum Dreißigjährigen Krieg gewirkt hätte. Es ist nicht die Erfindung eines technischen Mediums alleine, die die Rahmenbedingungen dramatisch verändert, sondern auch eine völlig neue Idee, eine Bewegung mit einem radikal anderen Ziel, ein wirklicher Paradigmenwechsel. Dann erst entsteht eine Umwälzung. Fraglich ist, ob das auch für Wikileaks gilt. Wikileaks ist das Werk vor allem von Julian Assange, der sich als Aufklärer in einer Informationsgesellschaft versteht. Die Entwicklung auf dem Feld der neuen Medien, die ganze Diskussion über die sozialen Medien wie Facebook und Twitter drehen sich ja am Ende immer um die Frage: Was bedeuten sie eigentlich für die demokratische Orientierungsfähigkeit von Bürgern? Was bewirkt diese neue Transparenz? Ich sehe die Entwicklung noch sehr ambivalent und traue mir noch nicht zu, sie schon zu beurteilen. Eins ist das Internet für mich jedenfalls nicht: der »Große Bruder« im Sinne George Orwells.

Das war eher der alte Volksempfänger unseligen Angedenkens. Das Internet ist zunächst eine riesige Freiheitschance, eine enorme Chance zur Demokratisierung. Jeder wird sein eigener Sender, sein eigener Programmdirektor, sein eigener Journalist und nicht nur Empfänger von Information. Auf Diktaturen kann es »zersetzende« Effekte haben, wenn es diesen nicht gelingt, die Freiheit im Netz zu unterbinden.

Was richtet das Netz aber sonst noch an? Bei Wikileaks war ich schon etwas erschrocken, vor allem wegen der Willkür, mit der die medialen Angriffe durchgeführt und geheime Informationen publiziert wurden. Das reicht ja von der Gefährdung von Menschenleben bei Nennung von Namen bestimmter Menschen bis hin zur Frage, warum nur die Amerikaner oder nur Demokratien und nur bestimmte Unternehmen ausgespäht werden, aber etwa China oder der Iran nicht. Der diplomatische Informationsverkehr der amerikanischen Botschaften mit dem ganzen »Berliner Dorfklatsch«, den man da etwa über Guido Westerwelle lesen konnte, war harmlos und uninteressant. Aber wenn ein saudischer König den Amerikanern in Bezug auf den Iran vertraulich empfiehlt: »Schlagt der Schlange den Kopf ab«, dann finde ich die Preisgabe solcher Informationen außerordentlich problematisch. Ohne Zweifel ist zum Beispiel eine erfolgreiche Friedensdiplomatie im Nahen Osten ohne Vertraulichkeit überhaupt nicht möglich. Ich bin mir aber auch ganz sicher, dass ohnedas Internet die arabische Revolution nicht so in Gang gekommen wäre. So etwas setzt natürlich auch voraus, dass eine ausreichende Zahl junger Menschen vorhanden ist, die mit den neuen Medien umgehen können.

3. Urheberrecht und Sicherheit

Wichtig ist für mich die Frage, wie wir die Balance von Freiheit und Sicherheit in Bezug auf das Netz immer wieder neu austarieren. Da geht es ums Urheberrecht und um persönliche Daten genauso wie um Mobbing, wo eine Art rechtsfreier Raum droht, weil es leicht ist, über einen Server irgendwo in einem fremden Land eine andere Person niederzumachen. Da sind in der Tat Probleme entstanden, die man nicht bagatellisieren darf. Ich habe noch keine Antwort darauf. Für mich darf es auf jeden Fall keine unterschiedlichen rechtlichen Maßstäbe im Netz und außerhalb des Netzes geben. Wenn eine Verleumdung verfolgt wird, dann muss auch die Verleumdung im Netz verfolgt werden. Oder darf die Polizei hier sagen, sie könne nichts unternehmen, nur weil es sie einige Mühe kostet, den Absender zu ermitteln? Gibt es da etwa schon eine Art von Resignation, weil das Netz so schnell ist und weil es so schwer ist, Täter und missbräuchliche Nutzer aufzuspüren, sodass man in solchen Fällen gleichgültig mit den Achseln zuckt?

Die Urheberrechtsfrage zum Beispiel finde ich spannend, weil auch behauptet wird, was einmal öffentlich sei, das sei eben da und jeder dürfe

es verwenden. Was bedeutet es denn, wenn sich jeder alles herunterladen kann? Es bedeutet, dass zum Beispiel ein Komponist nicht mehr von seiner Arbeit leben kann. Wir erleben bereits eine kulturelle Veränderung im Netz und durch das Netz, es sei denn, man hält daran fest, das Urheberrecht auch dort durchzusetzen. Vielleicht wird ein künftiges Urheberrecht nicht mehr so streng sein. Ich meine nur, dass es letztlich nicht zweierlei Kriterien des Rechts oder der Anwendung des Rechts und seiner Durchsetzbarkeit geben darf.

4. Neue Trends in der Berichterstattung

Wenn man von den Risiken des Netzes redet, droht leicht die Idealisierung und Glorifizierung der klassischen Medien. Der klassische Journalismus, etwa in einer Zeitungsredaktion, die als Institution den Leser entlastet, nimmt für ihn die Auswahl dessen vor, was publikationswürdig ist. Wenn man nun einen Trend zur Verflachung, zur Dramatisierung, zur Emotionalisierung der Berichterstattung wahrnimmt, dann ist dieser Trend nicht nur eine Antwort auf die zunehmende Komplexität aller Sachverhalte und Entscheidungsprozesse, sondern auch bedingt durch eine sich immer noch verschärfende Wettbewerbssituation gerade auch der herkömmlichen Medien.

Auch früher gab es schwere doch nicht unbedingt schwierige politische Entscheidungen, etwa über die Westintegration und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland – es waren schwere Entscheidungen, aber sie waren leicht zu verstehen. Heutige Entscheidungen, wie etwa zur Gentechnologie, sind hochkomplex, sind sehr viel schwerer zu verstehen und deshalb auch schwerer zu vermitteln. Es müsste demnach deutlich mehr recherchiert, also mehr Zeit und Geld in journalistisches Personal investiert werden, doch aus Wettbewerbsgründen werden Redaktionsstellen abgebaut. Journalisten haben damit weniger Zeit und kompensieren den Mangel durch die süffige Story. Nach meiner Einschätzung wird zwar viel besser geschrieben als früher, aber viel weniger recherchiert. Eine Frage wird zu beantworten sein: Wird dieser Mangel kompensiert durch das Netz und die vielen Amateure, die diese Recherche-Arbeit zum Teil übernehmen und zugleich dabei die Presse kritisieren und korrigieren?

5. Politik im Zeitalter des Internets

In der Tat wird es unter den Bedingungen der exponentiell wachsenden Vermehrung aller Wissensbestände und damit der wachsenden Komplexität aller politischen Entscheidungsprozesse, der Wechselwirkung zwischen unterschiedlichen Entscheidungsebenen und der stärkeren Vernetzungen objektiv immer schwerer für die Politik, ihre Aufgabe zu erfüllen. Das gleiche gilt für die Medien bei ihrer Aufgabe, die Komplexität im Rahmen ihrer Informationsvermittlung zu reduzieren. Damit wird nachhaltige Politik immer schwieriger. Die Antwort darauf kann nur sein, zu versuchen, von Seiten der Politik alle medialen Möglichkeiten, auch im

Internet, zur Legitimierung ihrer Entscheidungen von vornherein stärker einzubeziehen. Bei Stuttgart 21 beispielsweise hat die CDU-Landesregierung im letzten Sommer, als die Gegner des Bahnhofprojekts mit ihren Protestaktionen begonnen haben, ganz einfach versäumt, informationspolitisch gegenzusteuern und dafür vor allem auch das Netz zu nutzen.

»Der Bürger« geht nicht früh im Planungsprozess aufs Rathaus und schaut sich dort die Pläne oder das ausgestellte Modell an. Aber wenn die Bagger auf die Baustelle kommen, ist er da. Auch weil das in der Sommerpause passierte, haben die Befürworter des Projekts nicht einmal wahrgenommen, was sich über den Beschleunigungsfaktor Internet an Widerstandsbereitschaft zusammenbraute. Als man aufwachte, änderte sich die Situation. Die Befürworter haben es dann doch noch geschafft, die öffentliche Meinung zu drehen: Nun gibt es in Umfragen in Baden Württemberg eine knappe Mehrheit für Stuttgart 21.

Das Internet wird Politik, Gesellschaft und Medien vor Herausforderungen stellen, die heute noch nicht abschließend beurteilt werden können. Die Politik wird sich auf schnellere Reaktionen aus dem Netz einstellen müssen, die kritischer, direkter, ungefilterter auf Fehlentwicklungen eingehen. Neue Partizipationsmöglichkeiten wären denkbar, wenn die Politik kreativ und sensibel auf die Chance des Internets reagierte. Die neuen Medien ersetzen allerdings nicht eine klare und kluge Sachpolitik – ebenso wenig die gründliche Berichterstattung und Kommentierung durch »klassische Medien«. Diese werden aber unter neuem Druck gesetzt, da die immer gewaltigeren Datenmengen eine journalistische Herausforderung sind. Deshalb ist der sortierende, nachrecherchierende und gewichtende Redakteur nötiger denn je. Auch wenn der subjektive Journalismus durch neue Genres wie Blogs gestärkt wird – klassische journalistische Tugenden und Instrumente verlieren eben nicht an Bedeutung: Kommentar bleibt Kommentar, Nachricht bleibt Nachricht. Es lohnt sich, diese Grundunterscheidung immer wieder jungen Journalisten zu erklären, weil nur so journalistische Professionalität und Objektivität garantiert werden können. Und dies bleibt auch in Zeiten des World Wide Web eine unaufgebbare Aufgabe für die Medien, auf die sich die Gesellschaft verlassen will – und ihnen so Autorität zuspricht.